

Streit um Wehrpflicht: Ex-Major und Friedensaktivist Pfaff aus Schuldebatte geworfen

3 Apr. 2026 16:48 Uhr

Eigentlich hätte Florian D. Pfaff, Friedensaktivist und ehemaliger Major der Bundeswehr, auf einer Schulveranstaltung als Gegenpart zu einem Jugendoffizier sprechen sollen. Aber daraus wurde nichts. Ein Lehrer unterbrach seinen Vortrag und wies ihm die Tür.



© Urheberrechtlich geschützt

Der ehemalige Bundeswehroffizier Florian D. Pfaff/Apolda-Gymnasium

Der ehemalige Bundeswehroffizier, Sprecher des [Darmstädter Signals](#) für kritische Soldaten sowie Aktivist der Friedensinitiative Rosenheim [Florian D. Pfaff](#) ist für seine äußerst kritische Position in puncto NATO bekannt. Jenes Militärbündnis bewertet er seit der Bombardierung Jugoslawiens im Jahr 1999 als "Verbrecherorganisation". Er selbst beehrte 2003 gegen den Irakkrieg auf und verweigerte einen Befehl, um sich nicht an diesem Krieg beteiligen zu müssen.

Gerne wird Pfaff zu Diskussionen eingeladen, auch an Schulen, ob allein oder als Antagonist zu einem Vertreter der Bundeswehr. So war es auch am 19. März im thüringischen Apolda geplant. Am dortigen Gymnasium sollten Hauptmann Benjamin Bartels und Major a. D. Florian D. Pfaff vor Schülern der oberen Klassen jeweils ihren Standpunkt vertreten. Anschließend wollte man in einer 45-minütigen Diskussion auch die Schüler zu Wort kommen lassen.

Im ersten Durchgang, mit den zehnten und zwölften Klassen, ging auch alles glatt. Trotz teilweise entgegengesetzter Positionen verlief die Diskussion auf zivilisierte Weise. Das geht aus einer von Pfaff verfassten Zusammenfassung, die *RT DE* vorliegt, hervor. Doch bei der mit den elften Klassen

durchgeführten Veranstaltung kam es zum Eklat, den Florian D. Pfaff ausführlich in einem YouTube-Interview mit Robert Stein und Frank Höfer [schildert](#).

Demzufolge argumentierte Hauptmann Bartels damit, dass die Bundesrepublik Deutschland wert sei, militärisch verteidigt zu werden, weil dort hundertprozentige Meinungsfreiheit herrsche. Dies wollte Pfaff nicht unwidersprochen stehen lassen und verwies darauf, dass Kritiker in der BRD durchaus ausgegrenzt würden, ja sogar illegale Sanktionierung zu gewärtigen hätten.

Pfaff hatte mit seinem Vortrag noch gar nicht richtig angefangen, als der Stufenleiter der elften Klassen nach vorne stürmte, Pfaffs Laptop zuklappte und ihm Hausverbot erteilte. Dabei soll der Pädagoge den ehemaligen Major einen Lügner geheißen haben und ihm unterstellt haben, die Schüler beeinflussen zu wollen.

Eine Diskussion mit dem aufgebrachtsten Lehrer war nicht möglich, Pfaff musste gehen. Auf Zureden und Bitten um Nachweise für die vorgeworfenen Lügen sagte er Lehrer, er wolle mit Pfaff nicht sprechen. Mit einigen Schülern konnte Pfaff noch außerhalb der Schule diskutieren. Andere Schüler schrieben ihm per E-Mail. Viele Jugendliche zeigten sich entsetzt über den brüskten Abbruch der Veranstaltung und nannten die Vorgehensweise ihres Lehrers undemokratisch.

Nicht nur Pfaffs Rausschmiss, auch die Bitte der Schüler, ihre Äußerungen nur anonym weiterzugeben, werfen ein düsteres Licht auf das Meinungsklima in der Apoldaer Schule. Auch aus dem Kreis der Eltern bekam Pfaff Zuschriften. Und auch hier kommt wieder die Angst zum Vorschein, die jungen Leute könnten aufgrund ihrer Meinungsäußerung zugunsten eines Rederechts für Pfaff Repressalien erleiden – Repressalien vonseiten einer Lehrerschaft, die eigentlich dazu da ist, bei ihren Schülern die Entwicklung einer eigenen Meinung und deren Formulierung zu fördern. Pfaff zieht folgendes Fazit:

"Anhand der Reaktionen besteht die Hoffnung, dass die junge Generation durchaus in der Lage ist, sich eigene Gedanken zu machen. Somit war diese Veranstaltung für die direkt Betroffenen zwar ein tiefer Schlag für ihr Engagement, aber ein wichtiges Lehrstück für die Demokratie."

Besonders bizarr: Der Stufenleiter soll beim Vorgehen gegen Pfaff mit dem "Beutelsbacher Konsens" argumentiert haben. Diese bildungspolitische Richtlinie umfasst unter anderem das "Überwältigungsverbot", das verhindern soll, dass Lehrer den Schülern ihre eigene Meinung aufzwingen. Die Behandlung kontroverser Themen unter Einbeziehung unterschiedlicher Standpunkte im Unterricht ist demnach ausdrücklich erwünscht, ja sogar geboten. Zumindest in der Theorie, wie der Apoldaer Fall zeigt. Welchen Eindruck der Eklat auf die Schüler machte, belegen ihre Rückmeldungen an den Ex-Offizier.

Ein Schüler erzählte etwa, viele seiner Mitschüler fänden es ebenfalls traurig, dass es nicht zur Diskussion kommen konnte, und seien enttäuscht über die Schule. Es werde immer betont, dass das Anhören und Diskutieren kontroverser Meinungen wichtig sei, doch genau das habe die Schule in dieser Situation verhindert. Ein anderer Schüler schrieb:

"Sobald man versucht, Meinungen zu verbieten oder als falsch darzustellen, ist das keine Demokratie mehr. Es gibt keine richtigen und falschen Meinungen."

Die Tatsache, dass sich das Gymnasium bisher noch nicht bei seinem hinauskomplimentierten Gast entschuldigt hat, lässt sich nur dahingehend deuten, dass Direktorat und Lehrerkollegium das Verhalten

ihres rabiaten Kollegen gutheißen.

Dabei wäre es gerade in der heutigen Zeit, wo die Jugendoffiziere der Bundeswehr vermehrt im Klassenraum auftreten, für die Schüler wichtig, auch eine Gegenstimme zu vernehmen. Sonst kommt es zu wie in einer Reportage der *Welt* [geschilderten](#) Szenen. Dort fragt der Jugendoffizier die Klasse ab, ob sie sich von Russland bedroht fühle. Einzelne stimmen zu, die Mehrheit schweigt. Der Bundeswehroffizier wertet das als Zustimmung. So bleibt das von den Machthabern verbreitete Narrativ von der russischen Bedrohung unwidersprochen.